

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 86 (1994)
Heft: 2

Artikel: Asyl- und Ausländerabstimmungen in Serie?
Autor: Aeschbach, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Asyl- und Ausländer- abstimmungen in Serie?

Neben der Totalrevision des Asylgesetzes stehen nicht weniger als 4 fremdenfeindliche Volksinitiativen in der «Pipeline». Ein kommentierender Überblick.

In den nächsten Jahren wird das Schweizervolk voraussichtlich mehrmals zu Fragen der Asyl- und Ausländerpolitik Stellung nehmen müssen.¹ Zum einen muss der geltende Bundesbeschluss im Asylwesen, der bis Ende 1995 befristet ist, im kommenden Jahr durch eine Totalrevision des Asylgesetzes abgelöst werden. Bundesrat Koller hat eine kleine Expertengruppe eingesetzt, die in aller Verschwiegenheit an der Arbeit ist. Dennoch ist zu hören, dass eine neue gesetzliche Grundlage für das Problem der «Gewaltflüchtlinge» gesucht wird, was grundsätzlich positiv wäre. In der Tat stammen seit Jahren zwei Drittel aller Asylgesuche aus Ländern mit akuten bürgerkriegsähnlichen Situationen. Andererseits lässt das allgemeine Klima einer durch bloss Abwehr gekennzeichneten Asylpraxis wenig Gutes erhoffen. Das Wahljahr 1995 könnte einige Parteien dazu verleiten, Wahlpropaganda auf dem Buckel der gesellschaftlich Schwächsten zu betreiben.

Aber damit nicht genug, stecken nicht weniger als vier Volksinitiativen in der «Pipeline». Es sind dies:

- «Für eine vernünftige Asylpolitik», Schweizer Demokraten, eingereicht im Juli 1992.
- «Gegen die illegale Einwanderung», SVP, eingereicht im Oktober 1993.
- «Für eine Regelung der Zuwande-

rung», Komitee aus Mitgliedern des rechten Flügels von FDP, SVP, mit Vertretern der EDU und der Schweizer Demokraten, unterstützt von Autopartei, lanciert im März 1994.

- Neue Ausländerinitiative der Schweizer Demokraten, angekündigt.

Die beiden ersten Initiativen haben eine drastische Verschärfung der Asylpolitik zum Ziel. Beide stimmen darin überein, dass auf Asylgesuche von illegal Eingereisten nicht eingetreten und diese Personen sofort weggewiesen werden sollen. Die SVP-Initiative enthält aber den Vorbehalt, dass das Verbot der Rückschiebung gefährdeter Personen in den Verfolgerstaat eingehalten werden müsse, während sich die Schweizer Demokraten darum nicht kümmern.

Im Gegenteil verlangen sie eine Einengung des Flüchtlingsbegriffs gegenüber dem geltenden Gesetz (die «begründete Furcht» soll kein Asylgrund mehr sein) und die Kündigung völkerrechtlicher Verträge, die dazu im Widerspruch stehen. Sie wollen erreichen, dass die Schweiz die Internationale Flüchtlingskonvention von 1951 und möglicherweise auch die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen müsste.

Ähnliche Forderungen waren bereits in früheren NA-Initiativen enthalten, vom Volk aber immer abgelehnt worden. Es ist noch offen, ob der Bundesrat erneut auf diese Einsicht des Volkes vertraut oder ob er in diesem Falle die Ungültigkeitserklärung für diese Initiative beantragen wird. So oder so bleibt die zweite Initiative der SVP die gefährlichere, da sie ihren Populismus in ein rechtsstaatliches Gewand kleidet. Da aber auch das Rückschiebverbot eine Prüfung des Einzelfalles erfordert, trägt die Initiative nichts zur Lösung der tatsächlichen Probleme bei, verschärft aber das fremdenfeindliche Klima erheblich.

Gefährlich ist auch die dritte Initiative, die unter dem harmlosen Titel der «Regelung der Zuwanderung» segelt. Mit dem



Von Karl Aeschbach,
Sekretär des SGB

eingängigen Slogan, sie wolle die ausländische Bevölkerung auf dem heutigen Anteil von 18 Prozent stabilisieren, dürfte sie einige Zustimmung finden. Da sich die Initianten an den heutigen Ausländerkategorien orientieren, würde ihr Text aber auch das Saisonnierstatut zementieren und jede strukturelle Reform der heutigen Ausländerpolitik verhindern.

Zudem werden mit dieser Hauptforderung eine ganze Reihe zu-

sätzlicher Forderungen verbunden, die auf eine massive Schlechterstellung von Asylsuchenden und Gewaltflüchtlingen abzielen. Für sie soll jeglicher «finanzielle Anreiz» unterbunden werden, womit sicher jede Erwerbstätigkeit verboten würde. Dass dies nur zu höheren Fürsorgekosten und zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen führt, lässt sich aufgrund der Erfahrungen nachweisen. Mit einigen Forderungen, zum Beispiel nach einer nicht limitierten Ausschaffungshaft, geht die Initiative noch über die Zwangsmassnahmen hinaus. Diese jüngste Initiative erscheint auch darum gefährlich, weil sie erstmals nicht von einer kleinen fremdenfeindlichen Partei stammt, sondern vom rechten Flügel der etablierten bürgerlichen Parteien. Das zeigt, dass das fremdenfeindliche Gedankengut bis weit ins Bürgertum hinein salonfähig geworden ist.

Für die Linke heisst dies aber, dass die liberalen Verbündeten früherer Abstimmungskämpfe in ihren eigenen Parteien an Boden verlieren. Auch das wirtschaftliche Eigeninteresse, das in der Vergangenheit wesentlich zur Ablehnung fremdenfeindlicher Initiativen beitrug, spielt eine geringere Rolle, wenn es vorab um Asylsuchende und Gewaltflüchtlinge geht. Damit muss die Linke, wenn sie nicht allein kämpfen will, rasch mit dem Aufbau einer neuen antirassistischen Koalition beginnen.

¹ Zu den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, siehe die zwei folgenden Beiträge